

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

217. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 23. April 2009

Tagesordnungspunkt 7:

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Ernst Burgbacher, Gisela Piltz, Jens Ackermann, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in das Grundgesetz** (Drucksachen 16/474, 16/12019)

23571 D

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Wolfgang Wieland, Hans-Christian Ströbele, Irmingard Schewe-Gerigk, weiteren Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid)** (Drucksachen 16/680, 16/12019)

23571 D

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Petra Pau, Dr. Gregor Gysi, Dr. Lothar Bisky, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz** (Drucksachen 16/1411, 16/12019)

23571 D

Petra Pau (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich sehr gewundert, als der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering kürzlich eine gesamtdeutsche Verfassung anstelle des Grundgesetzes gefordert hat.

(Jan Mücke [FDP]: Da haben wir uns auch gewundert! – Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wo hat er das wohl her?)

Seine Begründung war – so wurde er zitiert –, der Osten leide darunter, dass 1989/90 keine wirkliche Vereinigung organisiert wurde.

Über die historische Alternative – Vereinigung oder Beitritt – will ich jetzt gar nicht reden. Komisch finde ich allerdings, dass der Kollege Müntefering so plötzlich, fast 20 Jahre später, von einem Osterleuchten ereilt wurde,

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Sauerländer sind etwas langsamer! – Gisela Piltz [FDP]: Bei manchen dauert es einfach!)

und das ausgerechnet in Wahlkampfzeiten.

Zur Verfassungsfrage. Vielfach vergessen und gern verschwiegen wird, dass damals der viel gelobte runde Tisch in der DDR einen Entwurf für eine neue Verfassung der DDR vorgelegt hatte, quasi als Mitgift für eine Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

In diesem Entwurf standen ganz sonderbare Dinge. Beispiel eins:

Ohne freiwillige und ausdrückliche Zustimmung ... dürfen persönliche Daten nicht erhoben, gespeichert, verwendet, verarbeitet oder weitergegeben werden.

Ich finde, das ist hochaktuell.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Jan Mücke [FDP]:
Das war damals auch hochaktuell! Kurz nach 1989 war das sehr aktuell!)

– Sie haben recht damit, dass es nach 1989 hochaktuell war. Das war eine Lehre aus dem Scheitern der DDR. Es wäre durchaus ein gemeinsamer Aufbruch beim Thema Datenschutz gewesen.

Beispiel zwei:

Die Staatsflagge der ... Republik trägt die Farben schwarz-rot-gold. Das Wappen des Staates ist die Darstellung des Mottos „Schwerter zu Pflugscharen“.

Auch das wäre einer aktuellen Debatte würdig.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht ja nicht!)

Der Entwurf wurde allerdings in der Volkskammer der DDR nicht einmal mehr behandelt. Die Ost-CDU wollte es nicht, weil die West-CDU es nicht wollte. Weil auch die West-SPD es nicht wollte, wollte die Ost-SPD ebenso wenig darüber reden. Auch das gehört zum Rückblick.

Übrigens gab es nach der Vereinigung ein Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder. Wieder ging es um eine moderne Verfassung, die das neue Deutschland zusammenführen sollte. Wieder sollte dies durch Volksabstimmungen geschehen. Die Mehrheit im Kuratorium waren übrigens Juristen sowie Völker- und Bürgerrechtler aus den alten Bundesländern. Auch diese Initiative scheiterte. Nun können Sie raten, an wem. – Richtig: erneut an der CDU/CSU und an der SPD. Auch das sollte ein SPD-Vorsitzender eigentlich wissen.

Aber auch Detailverbesserungen am Grundgesetz waren mit der SPD bisher nicht möglich. Über eine mögliche EU-Verfassung wurde 2004 rund um uns herum vom Volke abgestimmt. In Deutschland durfte man das nicht. Nur in einem kleinen gallischen Dorf in der Eifel fand eine Abstimmung statt. Übrigens hat die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dort der EU-Verfassung zugestimmt. Auf Bundesebene indes führte kein Weg zu mehr Demokratie. Damals regierten die SPD und die Grünen. Ich weiß noch genau, wie Joseph Fischer hier stand und sagte, dass er sich sein EU-Werk doch nicht vom Volk zerreden lasse. Ich weiß auch, dass der damalige Kanzler, Gerhard Schröder, log, als er hier an diesem Pult sagte, Volksabstimmungen seien per Grundgesetz verboten. Beides war absurd.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der Kollege Müntefering war seinerzeit übrigens Fraktionsvorsitzender der SPD. Ich kann mich an keine Widerworte von ihm erinnern. Dabei steht im Grundgesetz in Art. 20:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.

Genau darum geht es heute. Es liegen drei Anträge vor: von der FDP, von der Fraktion Die Linke und von der Fraktion Bündnis 90/Grünen. Alle drei begehren grundsätzlich, dass Volksabstimmungen auf Bundesebene endlich zugelassen werden. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Modalitäten und der Quoren; Kollegin Piltz hat es schon dargestellt. Eines steht jedoch fest: Ich denke, wir hätten uns – bei entsprechendem politischen Willen – auf den Einstieg in direkte Demokratie einigen können.

Letztendlich wird die heutige Abstimmung zum Test für die SPD. Sie werden gleich Zeugnis ablegen, wie Sie es mit der Forderung Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ halten und wie glaubwürdig Ihr Parteivorsitzender Müntefering mit seinen aktuellen Forderungen ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Stimmen Sie heute mit Nein, dann lassen Sie bitte auch die Ulkdebatten über eine neue gesamtdeutsche Verfassung. Sollten Sie mit Ja stimmen, dann emanzipieren Sie sich von der Unionsblockade. Sprengen Sie also Ihre Fesseln!

Eines möchte ich uns noch ernsthaft zu bedenken geben: Wir haben es im Lande mit Parteienverdruss, aber auch – das ist noch viel schlimmer – mit Demokratieverdruss zu tun. Demokratieverdruss ist ein Einfallstor für rechtsextreme Kameraden.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Auch für linksextreme!)

Ich denke, sich selbst mehr einzumischen, ist zwar kein Allheilmittel gegen Demokratieverdruss, aber ein Einstieg in mehr direkte Demokratie.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])